



Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, 11055 Berlin

Bayerischer Staatsminister für Landesentwicklung
und Umweltfragen
Herrn Dr. Werner Schnappauf
Rosenkavalierplatz 2

81925 München

Alexanderplatz 6, 10178 Berlin
☎ +49 - (0)1888 - 305 - 2000
☎ +49 - (0)1888 - 305 - 2046
✉ juergen.trittin@bmu.bund.de

Berlin,

Sehr geehrter Herr Kollege,

vielen Dank für Ihren Brief vom 29. April 2003 zum Atomkraftwerk Temelin.

Die von Ihnen geschilderte Meinung des Bayerischen Ministerrats zum AKW Temelin, dass „für dieses Kernkraftwerk die eingeforderten westeuropäischen Sicherheitsstandards nach wie vor nicht nachgewiesen sind und seit der nuklearen Inbetriebnahme greifbare Fortschritte in den offenen Fragestellungen zu seiner nuklearen Sicherheit nicht erzielt wurden“, wird von der Mehrheit der in der Europäischen Union vertretenen Staaten leider nicht geteilt. Lediglich Deutschland und Österreich waren in dem eigens von der Ratsarbeitsgruppe „Atomfragen“ eingerichteten Monitoringprozess der Auffassung, dass in einigen wichtigen Sicherheitsfragen die geforderten Verbesserungen von tschechischer Seite nicht ausreichend dargelegt worden sind.

Mit dieser Position konnten sich Deutschland und Österreich bedauerlicherweise nicht durchsetzen. Auch die Intervention von Bundesaußenminister Fischer beim Europäischen Rat in Kopenhagen im Dezember 2002 konnte an der Position der anderen Mitgliedsstaaten nichts ändern: Die weitaus überwiegende Mehrheit der in der EU vertretenen Staaten sehen nach der Zustimmung zu den von der Ratsarbeitsgruppe vorgelegten Empfehlungen (DOC 09601) das eingeforderte hohe Sicherheitsniveau in der Tschechischen Republik als realisiert an.

Die von der Tschechischen Regierung in Brüssel eingereichten zusätzlichen Unterlagen zur Problematik der 28,8m-Bühne und der Sicherheitsventile wurden trotz mehrfacher deutscher Intervention ohne Widerspruch entgegengenommen. Damit gelten diese Darlegungen als akzeptiert. Die tschechische atomrechtliche Behörde sieht keine Veranlassung, auf die Forderung nach Einhaltung des deutschen Regelwerks einzugehen.

Im Rahmen der bilateralen Zusammenarbeit werden wir mit der tschechischen Seite die Ergebnisse der regelmäßig durchzuführenden Prüfungen an den Rohrleitungen weiter beraten. Für das BMU bleibt die weitere Klärung der Situation der Rohrleitungen, die u.a. Gegenstand des Informationsaustauschs im Rahmen des Melk-Prozesses sind. Dies umfasst auch Fragen zu radiologischen Auswirkungen bei einem möglichen Unfall im AKW Temelin. Die Angaben im Freisetzungsverhalten werden im Rahmen der bilateralen Gespräche ebenfalls eine wichtige Rolle spielen. An diesen Gesprächen werden wie in der Vergangenheit Vertreter der Bayerischen Staatsregierung teilnehmen.

Mit freundlichen Grüßen